Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 43 — Dienstag, 26. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 350 Pfg. abz. Kulturabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

England für Tributkonferenz Ende Juni

Eine Denkschrift in Paris überreicht

Paris, 26. Jan. In der gestrigen Unterredung des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Finanzministers mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell berichtet der „Matin", Lord Tyrrell habe Laval einen Textentwurf vorgelegt, der von dem englischen Schatzamtsdelegierten Leith Roß ausgearbeitet worden sei. Dieser Entwurf lasse sich wie folgt zusammenfassen: Die Vertreter Großbritanniens schlagen, nachdem sie kurz an die besonderen Umstände erinnert haben, die die Verschiebung der Lausanner Konferenz hervorgerufen hätten, den interessierten Regierungen vor, am 30. Juni mit Deutschland Verhandlungen aufzunehmen. Sie hofften, daß bis dahin die Währungs- und Wirtschaftslage sich genügend weiterentwickelt haben werde, um nützliche Verhandlungen zu erlauben.

Das, was der „Matin" über die am Montag am Quai d'Orsay geführten Verhandlungen mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell gebracht hat, kann dahin ergänzt werden, daß von England offenbar ganz bestimmte Forderungen, die über das Jahr Juli 1932 bis Juli 1933 hinausgehen, gemacht wurden. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" will in der Lage sein, über die englische und französische Stellungnahme während der Verhandlungen am Montag mitteilen zu können, die Angelegenheit sei keinen Schritt vorwärts gekommen. Englischerseits halte man an dem Verlangen fest, daß die Reparationskonferenz im Mai oder Juni zusammentrete

und eine Regelung vornehme, die sich mindestens auf eine Reihe von Jahren erstrecke.

Was die Art dieser Regelung anbetreffe, so genüge es, zu sagen, daß sie ein absolutes Moratorium, d. h. die Unterbrechung aller deutschen Zahlungen, umfassen solle, auch der, die das gegenwärtig in Kraft befindliche Hoover-Moratorium habe bestehen lassen. Wahrscheinlich seien weder Laval noch Flandin geneigt, diesen Plan anzunehmen, der in der Praxis die einfache Beseitigung der deutschen Reparationen bedeuten würde, ohne Rücksicht auf das, was die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Kriegsschulden tun oder nicht tun würden. Die Grenze dessen, was Frankreich zugestehen könne, sei eine Erneuerung des Hoover-Moratoriums einschließlich der darin enthaltenen Sicherungsbestimmungen für einen Zeitraum vom 1. Juli 1932 bis 1. Juli 1933. Außerdem dürfe nach französischer Ansicht die Reparationskonferenz im Mai oder Juni bezüglich der Zukunft nichts über den Zeitpunkt von zwei Jahren vorwegnehmen. Wenn London wünsche, daß sich diese Konferenz mit etwas anderem als der Definierung eines Moratoriums für ein oder zwei Jahre beschäftigen solle, dann mögen außer der Reparationsfrage noch andere finanzielle und wirtschaftliche Probleme auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden.

Reparationen oder Tribute?

Berlin, 26. Jan. In einer Stellungnahme zu der Pariser Propaganda für neue Sanktionsmaßnahmen schreibt die „Germania" u. a.: Selbst Herriot, der Abgott der Pazifisten aller Länder, rufe nach Tributsanktionen. Herriot solle doch einmal erklären, ob er von Deutschland Reparationen oder Tribute verlange. Man erinnere sich der Aufregung in Frankreich, als in einem amtlichen deutschen Dokument das Wort Reparationen durch Tribute ersetzt war.

Wenn Deutschlands Zwangszahlungen dazu dienen sollen, unsere Industrie und Wirtschaft in Zukunft niederzuhalten, so habe das mit dem Begriff der Reparationen nichts mehr zu tun,

und wir würden zu unverhüllten Tributleistungen gezwungen sein, wie sie in längst vergangenen Jahrhunderten unterworfene Staaten an den stolzen und rücksichtslosen Sieger zu entrichten hatten. Damit verließe Frankreich endgültig den Boden jeder Wiedergutmachungsbegriffe, wie sie von Amerika ausgebildet und von den Kriegführenden akzeptiert worden seien. Warum greife der Führer der radikalen Partei nicht den Vorschlag des Sozialisten Léon Blum auf, der ein internationales Schiedsgericht zur Feststellung der tatsächlichen bisherigen Leistungen und der tatsächlich entstandenen Unkosten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fordert? Er würde dann mit Erstaunen feststellen können, daß **diese Leistungen nicht nur sämtliche Schäden decken, sondern daß der Ueberschuß erheblich genug sei, um damit die Saargruben und darüber hinaus viele andere sequestrierte Werte zurückzuerwerben.**

Der Christliche Volksdienst für ein klares „Nein"

Dresden, 26. Jan. Der in Chemnitz versammelte Landesvorstand des Christlichen Volksdienstes hat folgenden Beschluß gefaßt: „Wir stehen geschlossen hinter der Politik der Reichstagsfraktion. Wir begrüßen die energische Haltung der Fraktion in der Tributpolitik und erwarten, daß sie bis zum siegreichen Ende unentwegt durchgehalten wird. Der Weg zur Freiheit ist ein Opfergang. Darum weiterhin ein klares „Nein" gegen jede weiteren Tribute. Kanzler, bleibe hart!"

Ratlosigkeit im Völkerbundsrat

Vertagung des Fernoststreits bis Mai?

Genf, 26. Januar. Der Völkerbundsrat setzte heute vormittag nach einer kurzen öffentlichen Sitzung, in der einige bedeutungslose Ausschußberichte angenommen wurden, vertraulich in Abwesenheit des japanischen und chinesischen Vertreters die Verhandlungen über den japanisch-chinesischen Streit fort. In Ratskreisen herrscht hinsichtlich der weiteren Behandlung des Streites völlige Ratlosigkeit. In englischen und französischen Regierungskreisen will man das Sanktionsverfahren nach Artikel 15 des Völkerbundsvertrags unter keinen Umständen gegen Japan in Kraft treten lassen. Man will jetzt daher den scharfen Vorstößen des chinesischen Vertreters im Rat mit dem Hinweis auf die durch den Untersuchungsausschuß eingeleitete Prüfung der Lage in der Mandschurei begegnen. Da der Ausschuß jedoch erst im April in der Mandschurei seine Arbeiten beginnen werde, kann der Rat sich erst auf der Mai-Tagung mit dem Ergebnis der Untersuchung befassen. Hierdurch würde Japan Zeit gewinnen, und der Rat ist vorläufig aus seiner außerordentlich peinlichen Lage befreit, Entscheidungen zu treffen.

Kriegszustand in Schanghai

Schanghai, 26. Jan. Am Montag wurde wieder eine größere Anzahl von japanischen Marinesoldaten in Schanghai gelandet. In der Chinesenstadt wurde der Kriegszustand verhängt. Die chinesischen Truppen haben große Verstärkungen erhalten. An allen wichtigen Punkten sind Schützengräben, Barrikaden und Drahtverhaue errichtet und Luftabwehrgeschütze aufgestellt worden.

Ormsby-Gore an „Politiken"

Kopenhagen, 26. Jan. Die Zeitung „Politiken" teilt mit, daß sie von dem englischen Minister Ormsby-Gore gestern anläßlich des von ihr gebrachten Interviews, in dem von einem englisch-dänischen Zollbündnis die Rede war, folgendes Telegramm erhalten habe:

„Ich lehne die Aeußerungen völlig ab, die Sie mir in dem Interview unterstellt haben, daß Sie auf Grund Ihrer telephonischen Anfrage wegen meiner Erklärungen an meine Wähler in Stafford am Sonnabend gebracht haben. Ich habe kein Interview zur Veröffentlichung gegeben, und Ihre Wiedergabe der Unterredung ist nicht richtig."

Daran knüpft das Blatt die Bemerkung, daß der Minister während der Unterredung keinen Vorbehalt in bezug auf die Veröffentlichung gemacht habe. Das Blatt sagt weiter: „Wir hielten uns daher für berechtigt, seine Aeußerungen in Form eines Interviews zu veröffentlichen. Wir meinten, es könnten keine Zweifel darüber entstehen, daß wir den Minister nicht aus Kopenhagen anrufen, um Auskünfte zu unserer privaten Information zu erhalten. Falls sich in der Wiedergabe unseres Telephongesprächs mit London irgendeine Unrichtigkeit eingeschlichen haben sollte, sind wir natürlich bereit, eine Richtigstellung vorzunehmen. Wir haben dem Minister dies mitgeteilt und erwarten nun seine eventuelle Antwort."

„Journal" zum Stillhalteabkommen

Paris, 26. Jan. Der Außenpolitiker des „Journal" beschäftigt sich heute mit dem in Berlin abgeschlossenen Stillhalteabkommen und schreibt, man könne sich fragen, inwieweit dieses Abkommen den Kredit Deutschlands wieder herzustellen suche und inwieweit es darauf abziele, im voraus der Entwicklung der französischen Politik entgegenzuarbeiten, die eine Verjährung der Rechte Frankreichs auf Reparationen zu verhüten suche. Der Bericht hebe hervor, daß die geliehenen Gelder nützlich angewandt worden seien, zolle also damit Deutschland Anerkennung. Dieses Lob werde gerade in dem Augenblick erteilt, in dem Reichskanzler Dr. Brüning beständig daran arbeite, den Versailler Vertrag zu zerstören und die freiwillig unterzeichneten Verpflichtungen des Youngplans zu verleugnen. Außerdem hebe das Abkommen die Möglichkeit eines allgemeinen Moratoriums hervor. Man könne die Opposition gegen die eventuellen wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen, die Frankreich zu ergreifen veranlaßt sein könnte, gar nicht deutlicher kundtun.

Die „Morning Post" muß richtigstellen

London, 26. Januar. Der holländische Gesandte in London hat die „Morning Post" davon unterrichtet, daß die in Frankreich und Belgien im Umlauf befindlichen Gerüchte über die Herstellung von erheblichen Mengen schwerer Artilleriegeschütze und Munition in den Niederlanden und deren Ausfuhr nach Deutschland jeder Begründung entbehren. Die Rüstungsindustrie in Holland sei nur klein, und es seien keine Fabriken vorhanden, in denen schwere Geschütze hergestellt werden könnten. Auch sei kein Park von Flugzeuggeschwadern vorhanden, wie es in den Veröffentlichungen gelautet habe. Die Fabrik, die angeblich die Geschütze ausgeführt hat, beschäftigt sich nur mit der Herstellung gewisser Zubehörteile.

Die Ziele der russischen Paktpolitik

Fortlaufende Unterrichtung der Wilhelmstraße

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Jan. Zum Abschluß des polnisch-russischen Paktes wird heute in der Wilhelmstraße Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß Deutschland durch die Sowjetunion dauernd und in allen Phasen der Verhandlungen über den Stand der polnisch-russischen Angelegenheiten unterrichtet worden ist. Befürchtungen, daß sich die russisch-polnischen Verhandlungen gegen Deutschland richten könnten, brauchten nicht zu bestehen; sie entsprächen vielmehr dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion, die in der Zeit der mit aller Gewalt angestrebten Durchführung des Fünfjahresplanes keine außenpolitischen Konflikte brauchen kann. Aus diesem Sicherungsbedürfnis sei auch das Paktangebot an die Randstaaten und die Einladung an Japan zu Verhandlungen erfolgt. Ferner glaubt man, daß man gleichzeitig an der Schwelle der Abrüstungskonferenz den Polen alle Gründe für eine Aufrechterhaltung ihres riesigen Rüstungsstandes nehmen wollte.

Die russisch-rumänischen Verhandlungen

Moskau, 26. Jan. Vor seiner Abreise nach Genf gewährte der russische Außenminister Litwinoff einem Vertreter der Telegraphenagentur der Sowjetunion eine Unterredung, wobei er auf den Stand der russisch-rumänischen Verhandlungen zu sprechen kam. Er sagte dazu: Das Projekt eines Paktes mit Rumänien ist gleichfalls so weit gediehen, daß beide Parteien sich auf Verhandlungen geeinigt haben, wobei sie von der Notwendigkeit ausgehen, die ungelöste bessarabische Frage beiseite zu lassen. Es ist klar, daß ein gegenseitiger Pakt zweier Staaten, zwischen denen es nicht nur keine offiziellen Beziehungen, sondern sogar ernsthafte territoriale und andere Streitfragen gibt, nicht ohne ausdrückliche Erwähnung einer Nichtberührung dieser Streitfragen und ihrer Beiseitelassung abgeschlossen werden kann. Wir begreifen vollkommen, daß Rumänien, insofern es Bessarabien tatsächlich okkupierte, den darüber bestehenden Streitfall verhehlen möchte

und seine Nichterwähnung als unser stillschweigendes Einverständnis mit der Okkupation ausgelegt wünscht.

Allein, wir können uns damit nicht einverstanden erklären. Rumänien geht aber bedeutend weiter. Es erstrebt eine derartige Formulierung des Vertrages, daß aus ihr entweder die Anerkennung der Souveränität Rumäniens über Bessarabien oder die Anerkennung des Dnjestr als Grenze durch uns hervorgehen würde. Damit können wir uns auch nicht einverstanden erklären. Es muß vielmehr ganz klar im Pakt zum Ausdruck kommen, daß beide Parteien ihre entgegengesetzte Stellung in der Streitfrage beibehalten und daß der Abschluß des Paktes den beiderseitigen Positionen keine Einbuße tut.

Das Ziel des Paktes ist die Beseitigung der Möglichkeit eines Ueberfalles des einen Staates auf den anderen.

Dieses Ziel wird bereits vollkommen durch den ersten Artikel des Paktes erreicht, über den bereits Einigkeit herrscht. Er lautet: „Jede der vertragschließenden Parteien erklärt, daß sie auf den Krieg als Mittel nationaler Politik in den gegenseitigen Beziehungen verzichtet, und verpflichtet sich, gegen die andere Partei weder einzeln, noch gemeinsam mit anderen Mächten irgendwelche Angriffe zu Wasser, Land und Luft zu unternehmen und in keinem Fall zum Krieg gegen die andere Partei zu schreiten." Von sowjetrussischer Seite hat man sich bereiterklärt, diesem Artikel einen zweiten Absatz hinzuzufügen, der festsetzt, daß als Verletzung des Paktes alle Versuche angesehen werden, die zwischen den beiden Parteien bestehenden territorialen und anderen Streitfragen auf gewaltsamem Wege zu lösen. In dieser Form garantiert der Pakt vollkommen die Nichtverletzung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Lage auf gewaltsamem Wege.

Sechs Festnahmen wegen des Mordes an Norkus

Berlin, 26. Januar. Unter dem Verdacht der Beteiligung an der Ermordung des nationalsozialistischen Gymnasiasten Herbert Norkus sind bisher sechs Kommunisten festgenommen worden. Nach Auffassung der Polizei befindet sich aber der eigentliche Mörder nicht unter den bisher Verhafteten. Die Polizei setzt die Suche nach bestimmten verdächtigen Personen fort, weigert sich aber nach wie vor, die Namen dieser Verdächtigen bekanntzugeben.